

## Book Reviews

### **Sonderfall Schweiz**

Eberle, Thomas und Kurt Imhof (Hrsg.)

Zürich: Verlag Seismo (2007), 307 S., ISBN 978-3-03777-047-4.

### **Die Schweiz als Sonderfall**

Widmer, Paul

Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung (2007), 252 S., ISBN 978-3-03823-368-8.

Es ist mitunter erstaunlich, welchen Wandel Begriffe in wenigen Jahren durchleben können. Die Rede vom Sonderfall Schweiz ist dafür ein eindrückliches Beispiel. Nachdem der Topos in den 1990er Jahren zum Inbegriff für die “Ewiggestrigen” und zum Sinnbild der politischen Lähmung der Schweiz geworden war, schien das Wort für jeden einigermaßen aufgeklärten Zeitgenossen tabu. Und dabei ist es geblieben, zumindest solange, bis sich die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie (SGS) zu dessen Wiederbelebung entschloss, indem sie ihren fünfzigsten Jubiläumskongress unter eben diesen Titel stellte. Resultat dieser Zusammenkunft ist der gleichnamige Band, herausgegeben von Thomas Eberle und Kurt Imhof. Fünfzehn ausgewählte Konferenzbeiträge sind darin zusammengefasst, die sich zumeist mit “identitätsbildenden und kohäsionsfördernden” Aspekten des Sonderfallbeschriebs beschäftigen (S. 10). Dabei ist offensichtlich, dass es der SGS mit der Publikation um weit mehr als um die Gunst des Fachpublikums geht. Vielmehr steht dahinter die Absicht, den Sonderfalldiskurs der ideologischen Blockierung von einst zu entziehen und neu zu lancieren (vgl. S. 21) – anscheinend mit Erfolg: in der Zwischenzeit hat sich mit Paul Widmer ein prominenter Historiker in die Debatte eingeschaltet und ein Buch über “die Schweiz als Sonderfall” herausgebracht. Eine Gegenüberstellung der Beiträge von SGS und Widmer scheint naheliegend. Führen die unterschiedlichen Herangehensweisen der Soziologen einerseits, des Historikers andererseits zu unterschiedlichen Interpretationen?

Der Sammelband "Sonderfall Schweiz" beginnt mit einem brillanten Beitrag von Mitherausgeber Kurt Imhof. Sein Aufsatz "Sonderfallsdiskurse und Pfadabhängigkeiten – Der Fall Schweiz" beginnt mit der Feststellung, dass sich die Identität einer (jeden) Gemeinschaft in Abgrenzung zum Anderen konstituiert und folglich ohne Sonderfallbescrieb gar nicht denkbar ist (vgl. S. 26). Gleichsam schaffen Sonderfallsdiskurse Pfadabhängigkeiten und begrenzen auf diese Weise den Rahmen zukünftiger Entwicklungen. Änderungen im Sonderfallsverständnis vollziehen sich jeweils in Phasen der Orientierungslosigkeit, und stets greift man dabei auf überlieferte "Kernsemantiken" zurück (S. 27). Für die Schweiz sieht Imhof im Unterschied zu anderen Autoren jedoch nicht die Neutralität, sondern Konkordanz- und Bedrohungszwang als solche Kernsemantiken. Die Bedrohungswahrnehmung war während des Kalten Krieges leicht aufrechtzuerhalten, doch 1989 brach sie plötzlich weg. Eine Orientierungslosigkeit im schweizerischen Selbstverständnis war die Folge. Das Gefangensein im Sonderfallsverständnis der geistigen Landesverteidigung verunmöglichte nun das, "was die moderne Schweiz während entscheidende[r] Phasen ihre[r] Gesichte vorzunehmen vermochte, eine einigermassen rationale Bestandesaufnahme der politischen Realität in der Welt" (S. 46). Anstatt konstruktiv an einem neuen Sonderfallsverständnis zu arbeiten, verschrieben sich die bürgerlichen Parteien einem antietatistischen Neoliberalismus, während die Linke jeden Sonderfalldiskurs a priori ablehnte. Einzig die SVP arbeitete am Sonderfallsverständnis, indem sie es mit Brüssel einem neuen Bedrohungsszenario zuführte. Imhof sieht daher die Notwendigkeit einer neuen, konstruktiven Sonderfalldebatte unter Beteiligung sämtlicher politischer Kräfte gekommen. Er selbst plädiert für ein Sonderfallsverständnis, welches die Bedrohungswahrnehmung "weltinnenpolitisch sublimier[t]" (S. 51). Die Schweiz würde dann ihre Rolle in der Welt über eine "herausgestülpte Neutralität" (S. 51), verstanden als aktive Aussenpolitik im Sinne des Völkerrechts, definieren. Misslinge die Debatte, so drohe der Schweiz der Verlust ihrer politischen Kultur und ihrer wirtschaftlichen Standortvorteile.

Von der Notwendigkeit eines Überdenkens des Schweizerischen Sonderfallsverständnisses ist auch Hanspeter Kriesi überzeugt. In seinem Beitrag "Die Schweiz – ein Nationalstaat?" richtet er seinen Fokus auf die föderalistische Struktur der Schweiz. Ausgangsthese ist, dass die Schweiz eher einer Föderation von Nationen denn einem Nationalstaat gleicht (vgl. S. 82). Kriesi begründet seine These unter anderem mit der Steuerhoheit der Kantone, dem dadurch induzierten Fiskalföderalismus und der verfas-

sungsrechtlichen Kompetenzvermutung zu Gunsten der Kantone. Augenfälligstes Merkmal ist jedoch, dass in der Schweiz nicht der Nationalstaat, sondern die Gemeinden über Einbürgerungen und damit über die Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft entscheiden. Die vielzitierte multikulturelle Schweiz ist so gesehen nur eine Chimäre für eine Föderation ethnischer Gruppen. Folglich bedurfte es stets auch äusseren Drucks, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu evozieren. Dieses "Modell der Einheit in der Vielfalt" (S. 88) lässt die Schweiz heute irgendwie modern erscheinen, und nicht selten wird sie als Vorbild für die EU betrachtet. Für die Schweiz selbst hingegen erachtet Kriesi das geltende föderalistische Modell als überholt (vgl. S. 89). Zum einen erschwere das System die gebotene aussenpolitische Öffnung, während andererseits die Neutralität ihre koexistenzfördernde Bedeutung zunehmend verliere. Im Weiteren führten Modernisierung und Globalisierung zu neuen Raumstrukturen, welche sich immer weniger mit den bestehenden politischen Grenzen deckten. In den daraus resultierenden neuen Stadt-Land-Konfliktlinien sieht Kriesi die Ursache für die politische Lähmung der Schweiz. Konsequenterweise plädiert Kriesi dann auch für eine grundlegende Reform des schweizerischen Föderalismus (vgl. S. 92).

In geradezu ästhetischer Manier befasst sich Karl-Siegbert Rehberg mit dem Sonderfall Schweiz. In seinem Aufsatz "Insula Helvetica als Gleichgewichtsgesellschaft. Mythisierung als schweizerische Krisenbewältigung" wagt er die These, dass die Schweiz "eine Gesellschaft ohne Geschichte [...] und ohne Politik [ist]" (S. 66). Letzteres begründet er mit der Feststellung, dass die Schweiz in geradezu idealtypischer Weise eine vom Konsens zur Pluralität durchdrungene Gesellschaft verkörpert. Hierfür sind indessen nicht nur die föderalen Strukturen verantwortlich, sondern ganz entscheidend auch das durch Netzwerke in Wirtschaft, Gesellschaft und Armee geformte Sozialkapital. Die Fähigkeit der Schweiz, soziales in ökonomisches Kapital zu verwandeln, habe dazu beigetragen, dass die Schweiz trotz jüngster "Krisenerfahrungen" (S. 76) die vom Ausland bewunderte Insel geblieben sei.

Stefan Kutzner schliesslich nähert sich dem Sonderfall Schweiz ausgehend von der Theorie der Nationalstaaten. Für ihn sind Nationalstaaten in der Ära zunehmender internationaler Kooperation stärker denn je auf eine Identifikation der Bevölkerung mit dem Staatswesen angewiesen, um ihre Handlungsfähigkeit bewahren zu können. In Übereinstimmung mit Kriesi stellt Kutzner fest, dass die Schweiz eine unvollständige Nation geblieben ist (vgl. S. 106). Der Föderalismus und das Konföderationsprinzip

beförderten stets Partikularinteressen und behinderten die Herausbildung gemeinsamer Interessen und einer gemeinsamen Identität. Folglich tut sich die Schweiz traditionell schwer damit, ihre aussenpolitischen Interessen wahrzunehmen. Aus demselben Grund sieht Kutzner in der Neutralität auch nicht nur eine aussenpolitische Doktrin, sondern ein geradezu “unverzichtbares Merkmal der Schweizerischen Eidgenossenschaft” (S. 107). Für Kutzner gibt es nur eine Lösung, um auf dem internationalen Parkett bestehen zu können: die Schweiz müsse sich eine eigene Identität zulegen.

Im zweiten Teil des Sammelbandes geht es um die Verortung der Schweiz im Kapitalismus. Es folgen Beiträge, die sich mit der Frage befassen, warum sich die Schweiz in der Wohlfahrtskapitalismus-Typologie von Esping-Andersen nicht so ohne weiteres einordnen lässt, und inwiefern man daraus auf einen Sonderfall schliessen kann. Im dritten Kapitel schliesslich sind Aufsätze zusammengefasst, welche sich mit Besonderheiten des schweizerischen Wirtschaftssystems befassen. Hier findet man unter anderem einen Aufsatz von Stefan Tobler und Angelo Gisler zum Schweizer Bankgeheimnis, welches ebenfalls die Merkmale einer Sonderfalldebatte aufweist.

Dass in einem Sammelband in bezug auf die unmittelbare Debatte nicht alle Beiträge dasselbe zu leisten vermögen, liegt auf der Hand. Leider gibt es aber auch Beiträge, bei denen der Sonderfallbezug etwas gesucht oder gar konstruiert wirkt. Einzelne Aufsätze wiederum sind nur für Fachleute verständlich, wie zum Beispiel “Die Schweiz – Schulbeispiel einer transkulturellen Gesellschaft?” von Peter-Ulrich Merz-Benz. Die überwiegende Mehrheit der Aufsätze jedoch ist überaus lesenswert. Das gilt auch für solche, die sich nur mit Teilaspekten des Sonderfalls beschäftigen. Juliane Sauers Arbeit über die Schweizer Landesausstellungen ist ein schönes Beispiel dafür.

Das zweite hier thematisierte Buch, “Die Schweiz als Sonderfall”, stammt wie erwähnt aus der Feder von Paul Widmer. Widmer ist promovierter Historiker und gegenwärtig Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat. Zuvor war er Botschafter in Kroatien und Jordanien. Neben seiner praktischen Tätigkeit im Aussendepartement hat Widmer mehrere Bücher zur Schweizer Aussenpolitik verfasst, darunter “Schweizer Aussenpolitik und Diplomatie” (2003) und “Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin” (1997). Nimmt man “Die Schweiz als Sonderfall” zur Hand, merkt man schnell, dass es enthält, was man erwartet: Eine historische Begründung des Sonderfalls.

Der Sonderfall Schweiz hat laut Widmer seinen Ursprung in der Eidgenossenschaft, eine schon damals gebräuchliche Bezeichnung für ein aussergewöhnliches Bündnis zwischen Stadt und Land. Kern des eidgenössischen Gesellschaftsvertrags sei nicht ein Herrschaftsvertrag à la Hobbes, sondern ein Verfahren der Streitschlichtung gewesen (vgl. S. 45). Konsequenz dieses Bündnischarakters war, so Widmer, eine Staatsauffassung, welche bis heute den Kern des Sonderfalls ausmacht. Die Schweiz sei konsequent von unten nach oben aufgebaut, mit der Gemeindeautonomie als “Keimzelle des Staatswesens” (S. 101). Diese Bottom-up-Struktur habe im Laufe der Geschichte mehrfach einer gewissermassen natürlichen Tendenz zur Zentralisierung widerstanden. Dadurch stand die Schweiz des Öfteren europäischen Trends entgegen, was Widmer mit der auf Herbert Lüthy zurückgehenden Formel “Die Schweiz als Antithese” (S. 48) zusammenfasst. Insbesondere geriet die Schweiz nach jedem grossen Krieg in die Rolle des Aussenseiters, was heute im Hinblick auf die europäische Integration analog interpretiert werden kann (S. 75f.). Die Bottom-up-Struktur des Schweizerischen Staatsaufbaus führte ferner dazu, dass die staatlichen Institutionen vor allem dem Zweck der Machtbeschränkung dienten. Widmer identifiziert vier zentrale Institutionen, die für ihn gleichzeitig die vier Säulen des Sonderfalls darstellen. Die erste dieser Säulen ist die direkte Demokratie, die zweite ist der Föderalismus. Letzterer sei im Gegensatz zur Gemeindeautonomie relativ jungen Datums, und bei der Gründung des Bundesstaats im Jahre 1848 sei er im Wesentlichen von der Vereinigten Staaten übernommen worden (vgl. S. 123). Deutliche Worte findet Widmer zur dritten Säule, der Neutralität. In Umfragen erzielt diese, verstanden als militärische Nichtbeteiligung in Konflikten, nach wie vor Höchstwerte. Die politische Elite sei demgegenüber weit skeptischer (vgl. S. 137). Widmer ist der Ansicht, dass die Neutralität durchaus im Einklang mit einer aktiven Aussenpolitik im Sinne des Völkerrechts stehen kann. Allerdings müsse eine solche, um glaubwürdig zu bleiben, stets zurückhaltend ausgeübt werden. Heute erschwere sich “die Schweiz [...] ihre Neutralitätspolitik mit zu vielen Communiqués” (S. 148). Ferner kritisiert Widmer gewisse neutralitätspolitische “Sünden” der Vergangenheit, wie etwa das Schweizer Engagement im Rahmen des Partnership for Peace Programms (PfP) oder die unterbliebene Verurteilung des völkerrechtswidrigen NATO-Einsatzes im Kosovo-Krieg. Als vierte Säule schliesslich sieht Widmer die Mehrsprachigkeit des Landes, durch die sich der Schweiz mehrere Kulturräume quasi automatisch erschlossen. Hier bestehe die Herausforderung vor allem im Prestigeverlust des Französischen (vgl. S. 217).

Allerdings kommt Widmer zu dem Schluss, dass formale Institutionen ihre Wirkung nicht allein entfalten können. Vielmehr brauche es Elemente einer politischen Kultur. Widmer nennt hier drei Faktoren. Zum einen eine Kultur der Selbstbeschränkung: die Schweiz sei in der Geschichte mehrfach in Versuchung geraten, ihren Machtbereich auszudehnen (Konstanz, Savoyen, Vorarlberg). Jedesmal hätte die Schweiz zugreifen können und tat es doch nicht. Während Europa dem von Nietzsche sogenannten Willen zur Macht folgte, hielt man es hierzulande mit Jacob Burckhardt: "Und nun ist die Macht an sich böse, gleichviel wer sie ausübe." (S. 194). Als zweites Element der politischen Kultur bezeichnet Widmer die Konkordanz, deren historischer Ursprung er in der Tradition der eidgenössischen Schiedsgerichte sieht. Eidgenössische Politik ohne Konkordanz scheinbar undenkbar, und in der Tat sei das Experiment mit einem Mehrheitssystem in den Jahren nach 1848 nur von kurzer Dauer gewesen. Als drittes Element der politischen Kultur schliesslich nennt Widmer Gemeinsinn, Bürgersinn und Zivilgesellschaft. Hier greife vor allem das in Armee und Politik stark verankerte Milizprinzip.

Widmer schliesst seine Betrachtung mit der Aufzählung von Chancen und Gefahren für den Sonderfall. Die grösste Gefahr sieht er im drohenden "Schwund eines gemeinsamen Erfahrungsraums" und dem Auseinanderdriften der "Lebenswelten" (S. 203). Die republikanischen Tugenden der Mässigkeit, Bescheidenheit und des Fleisses sieht er durch den wachsenden Sozialstaat auf der einen, sowie durch den "neoliberalen Wildwuchs" (S. 212) auf der anderen Seite unter Druck. Diesen Tendenzen möchte Widmer mit einer Stärkung des Milizgedankens begegnen, wobei Militär- und Zivildienst wichtige Instrumente darstellten. Ferner fordert er das konsequente Erlernen einer zweiten Landessprache sowie Unterricht in Geschichte und Staatskunde (vgl. S. 220). Chancen für den Sonderfall Schweiz sieht Widmer zunächst im Fehlen einer kulturellen a-priori-Abgrenzung. So sei die Schweiz gemäss einer Umfrage des Wissenschaftsmagazins Science "von allen Nationen am weltoffensten" (S. 223). Desweiteren trügen eine ausgezeichnete Infrastruktur, eine effiziente Verwaltung, ein hoher Ausbildungsstand, die schöne Landschaft und vor allem auch die politische Stabilität dazu bei, dass die Schweiz für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet scheinbar. Eine grosse Chance biete sich der Schweiz ferner bei der Integration von Ausländern. Hier, hält Widmer fest, dürfe die Schweiz "nicht nur in der politischen, [sondern] auch in der sozialen Integration [durchaus] etwas mehr wagen" (S. 232).

Für Widmer ist das vorliegende Buch "ein Bekenntnis zum Sonderfall" (S. 237). Ganz offensichtlich richtet es sich an eine breite Leserschaft, besticht unterdessen jedoch durch den souveränen Umgang mit Komplexität. Beeindruckend ist insbesondere, wie es Widmer gelingt, eine Vielfalt von Quellen zu anekdotischer Evidenz zu verdichten, ohne dabei an analytischer Schärfe einzubüßen. Die historische Begründung des Sonderfalls Schweiz fällt insofern überzeugend aus.

Worin liegen nun die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Interpretation des Sonderfalls zwischen den Soziologen und dem Historiker? Zunächst fällt auf, dass in bezug auf die den Sonderfall konstituierenden "Säulen" zwischen den Autoren über weite Strecken Einigkeit herrscht. Der Sonderfall Schweiz besteht demnach aus einer Mixtur aus Föderalismus und Antizentralismus, Antietatismus, direkter Demokratie und Pluralismus. Die Bedeutung, die die Autoren den einzelnen Komponenten beimessen, unterscheidet sich hingegen deutlich. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Neutralität. Während einige Autoren die Bedeutung der Neutralität für den nationalen Zusammenhalt schwinden sehen, stellt sie für andere ein unverzichtbares Merkmal des Sonderfalls dar. Und auch die Interpretation der Neutralität fällt unterschiedlich aus: für einige Autoren steht sie im Einklang mit einer aktiven, völkerrechtskonformen Aussenpolitik, für andere bedeutet sie nach wie vor Wertefreiheit gegen innen und aussen. Doch selbst wenn sich in der Zwischenzeit eine Mehrheit für eine aktive Neutralitätspolitik ausspricht, so besteht längst keine Einigkeit darin, was diese konkret beinhalten soll. Wichtige Beiträge für die zukünftige strategische Positionierung des Sonderfalls Schweiz sind folglich aus der Diskussion über das Wie der Schweizerischen Neutralitätspolitik zu erwarten.

Aufmerksamkeit verdienen ferner die Autoren, die auf solche Entwicklungen hinweisen, durch welche historisch gewachsene, föderalistische Strukturen in Frage gestellt werden. Dazu zählen beispielsweise die sich in Folge fortschreitender Urbanisierung verändernden Raumstrukturen, was neuartige Stadt-Land-Konflikte nach sich zieht. Impulse für die zukünftige Sonderfalldebatte sind daher vor allem auch von Seiten der bereits lebhaft geführten Föderalismusdiskussion zu erwarten.

*Patrick Lengg*  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität St. Gallen

## **A Global Dialogue on Federalism: A Series (the first four volumes)**

### **Constitutional Origins, Structure, and Change in Federal Countries**

Kincaid, John and G. Alan Tarr (Hrsg.)

*Band 1. Montreal and Kingston: McGill-Queen's University Press (2005), 472 S., ISBN 0-7735-2916-0.*

### **Distribution of Powers and Responsibilities in Federal Countries**

Majeed, Akhtar, Ronald L. Watts and Douglas M. Brown (Hrsg.)

*Band 2. Montreal and Kingston: McGill-Queen's University Press (2006), 392 S., ISBN 0-7735-3004-5.*

### **Legislative, Executive, and Judicial Governance in Federal Countries**

Le Roy, Katy and Cheryl Saunders (Hrsg.)

*Band 3. Montreal and Kingston: McGill-Queen's University Press (2006), 416 S., ISBN-10: 0-7735-3163-7; ISBN-13: 978-0-7735-3163-5.*

### **The Practice of Fiscal Federalism: Comparative Perspectives**

Shah, Anwar (Hrsg.)

*Band 4. Montreal and Kingston: McGill-Queen's University Press (2007), 440 S., ISBN 978-0-7735-3302-8.*

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Reihe "A Global Dialogue on Federalism", Band 1–4, welche in Zusammenarbeit der *International Association of Centers of Federal Studies*<sup>1</sup> und dem Forum der Föderationen<sup>2</sup> herausgegeben wird. Die Buchreihe ist ein Produkt des Programms "Globaler Dialog zum Föderalismus", dessen Ziel es ist, Praktiker<sup>3</sup> und Akademiker aus aller Welt zusammen zu bringen und aktuelle und künftige Chancen und Probleme föderaler Systeme zu erörtern. Jeder Band be-

<sup>1</sup> Die International Association of Centers for Federal Studies (IACFS) ist eine interdisziplinäre Vereinigung von Instituten weltweit, welche sich mit der Forschung zu föderalen Systemen befassen. Für weitere Informationen: <http://www.iacfs.org>.

<sup>2</sup> Das Forum ist eine internationale Organisation mit gegenwärtig neun Partnern: Äthiopien, Australien, Deutschland, Indien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Österreich und der Schweiz. Der Zweck des Forums ist es, Verbindungen zwischen Praktikern, Akademikern und Institutionen, die sich dem Thema Governance in föderalen Systemen widmen, zu ermöglichen und zu erleichtern. Für weitere Informationen: <http://www.forumfed.org>.

<sup>3</sup> Praktiker sind hier insbesondere Politikerinnen und Politiker sowie Verwaltungsangestellte in Föderationen auf allen drei Ebenen.

schäftigt sich mit einer zentralen Dimension föderaler Guvernanz. Mittels Fallstudien zu verschiedenen Föderationen werden Vielfalt, Unterschiede und Gemeinsamkeiten föderaler Systeme aufgezeigt.

Neben der Bücherreihe werden zu jedem Thema so genannte "Booklets" publiziert. Diese Booklets zeigen in Kurzform wichtige Erkenntnisse aus Rundtischen zu den verschiedenen Themen auf, die gleichzeitig in allen verglichenen Ländern stattfinden. Zu diesen Rundtischen werden Praktiker und Akademiker mit unterschiedlichen Standpunkten eingeladen, welche gewillt sind, in einem nicht politisierten Umfeld Erfahrungen zu diskutieren und voneinander zu lernen. So soll ein möglichst akkurates Bild der Situation im jeweiligen Land gezeichnet werden. Das Ziel dieser Booklets ist es zum einen, einen Zugang zu den ausführlichen Büchern zu schaffen und zum anderen, die Informationen auch für didaktische Zwecke einfach und kostengünstig zu verbreiten.<sup>4</sup>

### **Herausforderungen föderaler Systeme heute**

Die Wahl der Dimensionen föderaler Guvernanz zeigt, dass sich die beiden Institutionen intensiv mit den Herausforderungen des Föderalismus in den letzten und kommenden Jahren befassen, da sie Themen gewählt haben, welche für alle föderalen Systeme wie auch in der Forschung aktuell sind. Im Folgenden werden die Kernthemen der vier Bände kurz vorgestellt, sowie einzelne Ergebnisse insbesondere der Schlusskapitel diskutiert. Die einzelnen Fallstudien zu den Föderationen können hier nicht im Detail rezensiert werden. Am Ende wird eine Beurteilung aller bis anhin in der Reihe veröffentlichten Bücher vorgenommen.

Band 1 der Bücherreihe mit dem Titel *Constitutional Origins, Structures and Change in Federal Countries* (Kincaid und Tarr 2005)<sup>5</sup> beschreibt die Elemente verschiedenster föderaler Verfassungen, sowie deren Entstehung und diskutiert die praktische Anwendung<sup>6</sup>. Es wird dargelegt, dass Verfassungen insbesondere für das Gleichgewicht in föderalen Systemen wichtig sind. Gleichzeitig wird klar, dass bestimmte Prinzipien nicht justiziabel

---

<sup>4</sup> Die Booklets werden deshalb auch in unterschiedlichen Sprachen publiziert: Englisch, Französisch, Deutsch, Arabisch und Spanisch.

<sup>5</sup> Der Band diskutiert als Fallstudien die folgenden Länder: Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Indien, Mexiko, Nigeria, Russland, Südafrika, Schweiz und USA.

<sup>6</sup> Ausführlich rezensiert durch Hottinger (2005).

sind, wie beispielsweise die Loyalität zum Gesamtstaat, wie sie in Nigerias Verfassung festgeschrieben ist. Insbesondere Kincaids Schlusskapitel (Kincaid und Tarr 2005: 409ff.) zeigt auf, wie verschieden die diskutierten Föderationen sind und dass es nur wenige Elemente gibt, die auf alle Länder zutreffen. Eine Gemeinsamkeit ist jedoch, dass keine der dargestellten Föderationen ein Produkt einer "big-bang creation" ist, sondern oftmals am Ende eines langen Prozesses steht. Interessant ist auch, dass keine der verglichenen multikulturellen Föderationen explizite Gruppenrechte definiert hat, sondern sich ausschliesslich auf individuelle Rechte wie Religions- oder Sprachfreiheit stützt. Es wird weiter aufgezeigt, dass "Verfassungen sich nicht selbst genügen", sondern dass ihnen erst durch die politischen Akteure Leben eingehaucht wird. Das Buch liefert gerade aufgrund dieser Erkenntnisse einen wichtigen Beitrag für aktuelle Diskussionen zu Verfassungsreformen und kann eine Hilfestellung für multikulturelle Länder sein, die eine föderale Verfassung einführen wollen, wie bspw. Irak oder Nepal.

Band 2, *Distribution of Powers and Responsibilities in Federal Countries* (Majeed, Watts und Brown 2006)<sup>7</sup> beschäftigt sich mit der Frage der Verteilung der Rechte und Pflichten zwischen den gliedstaatlichen Ebenen. Es wird für jedes föderale System der Frage nachgegangen, welches die Ursprünge der Aufgabenverteilung sind, wie sie ausgestaltet ist, ob sie sich über die Jahre verändert hat und ob es Vor- und Nachteile der gewählten Aufgabenteilung gibt. Auch hier wird im vergleichenden Schlusskapitel von Ronald L. Watts (Majeed, Watts und Brown 2006: 322ff.) auf die grossen Unterschiede hingewiesen, welche zwischen den Föderationen vorzufinden sind: Jede hat ein anderes Modell der Aufgabenverteilung eingeführt. Einflussfaktoren für die Ausgestaltung letzterer scheinen insbesondere der Prozess zu sein, durch welchen die Föderation zusammenfand (entweder durch Aggregation oder Disaggregation), sowie die Rechtstradition, aber auch die Funktionsweise der legislativen und exekutiven Institutionen. Watts kommt zum Schluss, dass es zwei Arten von Föderationen gibt. Diejenigen, in welchen die Aufgabenteilung bereits in einer Balance ist, und solche, in welchen diese erst noch gefunden werden muss, wie Belgien, Spanien, Mexiko, Nigeria und Brasilien. Gleichzeitig scheint die Aufgabenteilung eine Eigenschaft von Föderationen zu sein, welche sich konstant verändert: Alle Länder sind dabei, ihre Aufgabenteilung zu

---

<sup>7</sup> Der Band diskutiert als Fallstudien die folgenden Länder: Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Indien, Mexiko, Nigeria, Spanien, Schweiz und USA.

reformieren, um den aktuellen Herausforderungen der Globalisierung gewachsen zu sein. Das Buch ist insofern interessant, als die Aufgabenteilung eines der bleibenden Kernprobleme von Föderationen ist und es eine Möglichkeit bietet, dieses stiefmütterlich behandelte Thema komparativ anzugehen.

Band 3, *Legislative, Executive, and Judicial Governance in Federal Countries* (Le Roy und Saunders 2006)<sup>8</sup> behandelt neben dem verfassungsrechtlichen Design die aktuelle Funktionsweise der föderalen Systeme. Die Autoren analysieren die Strukturen und Prozesse der Legislative, Exekutive und Judikative auf den drei Regierungsebenen. Zudem wird diskutiert, wie das jeweilige föderale Arrangement diese drei institutionellen Ebenen geprägt hat. Cheryl Saunders (Le Roy und Saunders 2006: 344ff.) diskutiert im vergleichenden Schlusskapitel die vorgestellten Länder. Sie weist zu Beginn insbesondere auf die Problematik hin, dass Unterschiede in den Strukturen und Prozessen von der geographischen Grösse oder der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sein könnten (Le Roy und Saunders 2006: 344). Ein weiteres Element, welches in der Föderalismusforschung breit diskutiert wurde, kann Saunders anhand ihres Vergleichs aufzeigen: Das Regierungssystem und der Föderalismus beeinflussen sich wechselseitig. Dieser Band zeigt auf, wie relevant die Gestaltung der nationalstaatlichen Strukturen im Bezug auf den Zusammenhalt von Föderationen ist, und interessanterweise auch, dass sich Institutionen von Föderationen auf gliedstaatlicher Ebene viel weniger unterscheiden als auf der gesamtstaatlichen Ebene.

Im Band 4, *The Practice of Fiscal Federalism: Comparative Studies* (Shah 2007)<sup>9</sup> werden die traditionellen Konflikte analysiert, welche bei der Verteilung des Fiskus in föderalen Systemen auftauchen und es wird aufgezeigt, wie die Globalisierung und die zunehmende Partizipation der Bürgerinnen und Bürger die föderalen Systeme herausfordern. Die grosse Fachkenntnis Anwar Shahs (2007: 370ff.) zeigt sich durch ein gut strukturiertes und umfassendes Schlusskapitel. Neben den typischen Elementen, welche im Fiskalföderalismus jeweils diskutiert werden (Steuerverteilung, Ausgleichsmechanismen, natürliche Ressourcen, etc.), bespricht er insbe-

---

<sup>8</sup> Der Band diskutiert als Fallstudien die folgenden Länder: Argentinien, Australien, Kanada, Deutschland, Indien, Nigeria, Österreich, Russland, Südafrika, Schweiz und USA.

<sup>9</sup> Der Band diskutiert als Fallstudien die folgenden Länder: Australien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Indien, Malaysia, Nigeria, Russland, Südafrika, Schweiz, Spanien und USA.

sondere auch die makroökonomischen Steuerungsmöglichkeiten und die Koordination der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Gesamtstaat, welche insbesondere in sich entwickelnden Föderationen relevant sind. Interessant ist die Erkenntnis, dass in allen Föderationen die Finanzangelegenheiten zentralistischer geregelt sind als aus einer normativen Perspektive gefordert würde. Der Grund dafür wird in der Betonung der Steuerharmomisierung in Föderationen gesehen. Zudem scheint es politisch einfacher, Ausgaben nach unten zu verschieben als den Grundsatz “finance follows function” zu verwirklichen. Politikerinnen und Politiker auf gliedstaatlicher Ebene sind eher daran interessiert, Transfers zu erhalten als (weitere) eigene Steuern zu erheben. Auch der letzte bis heute veröffentlichte Band kann als ein wichtiges Nachschlagewerk dienen, wie unterschiedlich fiskale Belange in Föderationen ausgestaltet sein können.

### **Komparative Forschung oder Inspirationsquelle für Praktiker?**

Abschliessend darf gesagt werden, dass die Reihe insofern einen wichtigen Beitrag zur Föderalismusforschung geliefert hat und liefern wird, indem sie die aktuelle Praxis und kommenden Herausforderungen föderaler Guvernanz in vielen verschiedenen Ländern zusammenträgt. Die verschiedenen Fallbeispiele aus den Bänden können zum einen als umfassender Einstieg in eine Thematik dienen, zum anderen lassen sich mit den einzelnen Fallbeispielen die zentralen und vergleichend interessanten Elemente eines Landes identifizieren. Gerade für die Schweizer Föderalismusforschung ist eine komparative Sichtweise immer wieder zentral, da oft dazu tendiert wird, die Schweiz als “Sonderfall” zu betrachten. Für jedes Fallbeispiel werden zudem neben der aktuellen Praxis auch zukünftige Herausforderungen aufgenommen. Dies macht die einzelnen Kapitel sehr lesenswert und bietet gerade für Praktiker eine Möglichkeit, “theoretischen Laborföderalismus” zu betreiben.

Die Buchreihe zeigt auch auf, mit welchen generellen Problemen die komparative Föderalismusforschung zu kämpfen hat. Es wird insbesondere auf die Schwierigkeit hingewiesen, generalisierende Aussagen zum Föderalismus zu machen, da diese an der Verschiedenheit der Systeme scheitern: “In many cases a federation that ostensibly belongs to one category for a particular purpose in fact has characteristics drawn from another, or country-specific features of its own, defying the standard categories altogether”. (Le Roy und Saunders 2006: 379). Gleichwohl zeigen die Pub-

likationen des “Globalen Dialogs zum Föderalismus” sehr gut auf, dass es Forschung entlang der spezifisch für die föderalen Systeme bestehenden Logik braucht.

Für die akademische Forschung bietet die Reihe einen (gewollten) Nach- aber gleichzeitig auch einen Vorteil: Die den Fallstudien gemeinsamen Themen basieren nur teilweise – und wenn, dann nur implizit – auf aktuellen Fragestellungen aus der universitären Forschung. Dies gehört aber zum Konzept, weil die Bücher insbesondere auch für Praktiker verfasst wurden, welche möglicherweise kein grosses Interesse an sozialwissenschaftlicher Theoriebildung haben. Aktuelle Themen aus der universitären Forschung werden zwar aufgenommen, aber nur am Rande diskutiert, wie bspw. der Einfluss von (regionalen) Parteien und Wahlen auf die Stabilität in föderalen Staaten (z.B. Brancati 2006, Deschouwer 2003, Thorlakson 2007) oder die Logik intergouvernementaler Beziehungen in einer globalisierten Welt (z.B. Bartley 2007, Falleti 2005). Gleichzeitig ist dies auch ein Vorteil; gerade weil die Bücher nicht einer bestimmten Hypothese oder Theorie folgen, zeigen sie Lücken und interessante Fragestellungen aus aktueller Perspektive auf. So stellt sich bspw. die Frage, wie sich der Dezentralisierungsgrad einer Föderation am besten bestimmen lässt, da aufgezeigt wird, dass die unterschiedlichen Formen der Dezentralisierung auf administrativer, legislativer, finanzieller und exekutiver Ebene selten übereinstimmen (Watts 2006: 326). Weiter wird auf die Relevanz der vielfältigen direkten und informellen Kommunikation in Föderationen hingewiesen (Majeed, Watts und Brown 2006: 341).

Gerade im Hinblick auf Themen der in Kürze erscheinenden Bücher<sup>10</sup>: Band 5 zu “Foreign Relations in Federal Countries” (Michelman: im Erscheinen) und Band 6 zu “Local Government and Metropolitan Regions” (Steytler: im Erscheinen) zeigt sich, dass Akademie und Praxis sich näher sind als oftmals angenommen und sich gegenseitig inspirieren können. Sie sind in Arbeit und erscheinen im Dezember 2008 resp. im April 2009.

---

<sup>10</sup> Zu allen sechs Themen sind die Booklets bereits erhältlich.

**Literatur**

- Bartley, T. (2007). Institutional Emergence in an Era of Globalization: The Rise of Transnational Private Regulation of Labor and Environmental Conditions. *The American Journal of Sociology* 113(2): 297–351.
- Brancati, D. (2006). Decentralization: Fueling the Fire or Dampening the Flames of Ethnic Conflict and Secessionism. *International Organization* 60(3): 651–85.
- Deschouwer, K. (2003). Political Parties in Multi-Layered Systems. *European Urban and Regional Studies* 10(3): 213–26.
- Falleti, T. (2005). A Sequential Theory of Decentralization: Latin American Cases in Comparative Perspective. *American Political Science Review* 99(3): 327–46.
- Hänni, P. (2000). *Schweizerischer Föderalismus und europäische Integration: Die Rolle der Kantone in einem sich wandelnden Kontext*. Zürich: Schulthess.
- Hottinger, J. (2005). Book Review. *Revue Internationale de Politique Comparée* 12(4): 527–29.
- Michelman, H. (Hrsg.). *Foreign Relations in Federal Systems*. (im Erscheinen).
- Steytler, N. (Hrsg.). *Local Government and Metropolitan Regions in Federal Systems*. (im Erscheinen).
- Thorlakson, L. (2007). An Institutional Explanation of Party System Congruence: Evidence from Six Federations. *European Journal of Political Research* 46(1): 69–95.

Andrea Iff  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern

### **Populist Radical Right Parties in Europe**

Mudde, Cas

*Cambridge: Cambridge University Press (2007), xviii, 385 p., ISBN 978-0-521-61632-4.*

### **Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren**

Skenderovic, Damir and Gianni d'Amato

*Zürich: Chronos Verlag (2008), 289 p., ISBN 978-3-0340-0913-3.*

The two books discussed here pursue different research strategies to analyze populist radical right parties and thus make clear that important insights can be gained both by broadening or deepening the object under study. While Cas Mudde's main aim is to give a comprehensive, exhaustive and critical overview of the literature in this field, Damir Skenderovic and Gianni d'Amato focus on one particular country (Switzerland) and one specific topic that is often related to right-wing populism (migration politics). Despite these different strategies and besides many other topics, both books have two research questions in common, namely how populist radical right parties mold politics and whether or not they constitute a danger to liberal (direct) democracy.

There is probably no other book that discusses the various aspects of any party family more extensively than Mudde's. It shows ways of how to conceptualize and classify populist radical right parties, takes up the most important issues that are often related to these parties and discusses explanations of their electoral failures and successes. By doing so, Mudde does not simply focus on the most common parties in Western Europe but extends his analysis to all European countries and more than 100 parties. Throughout the entire book Mudde seeks to assess the various claims that are made in the literature and offers revisions of some of the commonly held misperceptions. At various moments he complains that the field of populist radical right parties is full of "received wisdom" that has so far not been tested empirically as original data is often missing.

In that regard, the study of Skenderovic and d'Amato certainly constitutes an important contribution: They analyze a large set of original data from surveys, parliamentary debates, newspapers, party manifestos and interviews. Moreover and in an innovative way, they combine historical and

sociological perspectives by studying the relationship between right-wing populism and Swiss migration politics from the 1960s onwards.

Contrary to most other party families, it is still subject to debate how to name the political actors that for some constitute a new danger to liberal democracies. A large variety of different terms like the “radical right”, the “far right” or the “radical right-wing populists” are used to describe the same parties. The here presented books are a case in point: Skenderovic and d’Amato treat Swiss parties which are part of Mudde’s “populist radical right parties”, but prefer to speak of “right-wing populist parties” or more generally of “right-wing populism”.<sup>1</sup> Anyway, after all, terms are only containers for definitions, and both Mudde and Skenderovic/d’Amato provide similar ones for the parties they are interested in – which is not surprising, given the fact that the latter authors partly refer to the former. One important feature of these parties is populism – an ideological feature that makes a difference between the “corrupt elite” and the “pure people”. Whether “populism” is a primary or secondary core feature for the studies discussed here is reflected by the place the adjective “populist” is allotted to by the authors in the party names they have chosen. For Mudde authoritarianism (the disposition to glorify authoritative figures) is another crucial feature of these parties.

For both Mudde and Skenderovic/d’Amato the most important core feature is however nativism. This is why many scholars speak of “anti-immigrant parties”. It is certainly true that one of the main aims of populist radical right parties is to reduce cultural heterogeneity. “Nativism” is however a much broader concept and does not reduce the parties to mere single-issue parties. It is rather “an ideology, which holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group (“the nation”) and that nonnative elements (persons and ideas) are fundamentally threatening to the homogeneous nation-state.” (Mudde: 19) This way social phenomena like welfare-chauvinism, euroscepticism or resistance of Americanization – to which Mudde dedicates entire chapters – can more easily be attributed to populist radical right parties.

Contrary to many other studies in this field, both books are very much interested in how populist radical right parties mold politics. This is why Skenderovic and d’Amato concentrate their study on the question of how these parties have influenced migration politics in Switzerland. For Mudde

---

<sup>1</sup> Without taking position for one or the other notion Mudde’s term will be used in the remaining part of this review.

(p. 293) “[p]opulist radical right parties are not just dependent variables, passively molded by structural factors, but they also constitute independent variables, actively shaping part of their own destiny.” Both books agree that in order to understand the success and failure of these parties one cannot only concentrate on the demand or what Mudde calls the external supply side: Processes of modernization and individualization might lead to social disintegration, which in turn certainly provides a fertile breeding ground for populist radical right parties. On the other hand, institutional, political and cultural contexts such as electoral systems, party systems and citizenship models also play an important role in inhibiting or enhancing the discourses and strategies of populist radical right parties. But after all, opportunities have to be seized and potential electorates mobilized. This is why ideologies, leadership and organization of parties have to be accounted for and why both books focus on the discourses and strategies of party actors.

That populist radical right parties “politicize the other” and thus might have an impact on how newcomers are treated is not a new argument. It however gains new dimensions in Switzerland where populist radical right parties have already existed since the 1960 and where the direct democratic institutions provide them with powerful instruments to influence migration politics. In the 1970s and 1980s parties such as the Swiss Republican Movement and the National Action launched several referendums and initiatives “against over-foreignization” and “for limiting naturalization”. Although they were never successful, at their best times they mobilized up to 49 per cent of the voters for their cause, and although most of the initiatives and referendums by populist radical right parties have been rejected, according to Skenderovic and d’Amato they had substantial effects on the official policy and the attitudes of the larger population. Such good results were quite surprising for such small parties and thus forced the government to implement a more restrictive immigration and citizenship policy. This is also true for the initiatives and referendums launched by the Swiss People’s Party in the 1990s and the beginning of the new century, when it began to replace the disappearing minor populist radical right parties in opposing the official immigration and naturalization policy.

The much more general question is to what extent populist radical right parties have an impact on the functioning of liberal democracies. The exclusion of the other already seems to contradict the inclusionary logic of democracy. Mudde (ch. 3) makes clear that the “enemies” of these parties do not simply come from the outside. They come from the outside of the

nation (ethnic minorities), outside the state (immigrants), but also from within the state (“the elite”, homosexuals etc.) and from within the nation (countrypersons having moved abroad). It is obvious that a nativist democracy opposes key elements of liberal democracy. Might it thus be that the populist radical right constitutes a danger for liberal democracies? Mudde argues that they are no fundamental challenge to democracy in general, for they accept the democratic procedural system itself and the basic principle that the people are the sovereign. What is more, their very populism leads them to demand a subordination of the elite (and to a lesser extent of the judiciary) by emphasizing the primacy of the political and the importance of plebiscitary politics. So these aspects mainly stand in contradiction not with democracy per se, but with the subtype of liberal democracy. This also makes clear that the populist radical right is not merely a moderate form of the extreme right or a new form of fascism, and it might explain why nativist violence and racially motivated murders are not related to the electoral success of populist radical right parties (Mudde: 31, 286).

Another important question, does the political success of these parties increase intolerance and xenophobic attitudes? While Skenderovic and d’Amato observe a growing potential of ethnocentric attitudes in Europe due to xenophobic mobilizations (Skenderovic/d’Amato: 227), Mudde has difficulties to find adequate empirical evidence to confirm this argument (Mudde: 286–87). It might also be that democracy strikes back and tries to defend itself against populist radical right parties. Mudde (pp. 288–90) discusses the effects of integrating and excluding these parties from governments and party coalitions. He argues that the impact of these strategies is largely mitigated by the populist radical right parties themselves. If they are already institutionalized to a certain degree, neither strategy has any effect. This becomes most clear in the Swiss case where the integration of Christoph Blocher – the most prominent figure of the new Swiss People’s Party – into the national government did not have an appeasing effect on his party’s strategies.

Finally, are populist radical right parties an anomaly of liberal democracies? Mudde (pp. 296–97) prefers to speak of “pathological normalcy”, i.e. a radicalized version of mainstream ideas. After all, nativism is a radical interpretation of the idea of the nation-state, the dominant organizational principle of Western countries. Authoritarianism is also a core feature of conservatism as well as Catholic and Orthodox Christianity. And populism is sometimes difficult to separate from democratic norms. Especially, direct democracy, as Skenderovic and d’Amato (p. 236) conclude, cannot

exist without “populist moments”. It then rather depends on how other political forces meet the challenges of populist radical right parties and how a democratic system and a political culture succeed in appeasing radical ideas.

Let us now turn to a methodological aspect. An important question is how to measure the impact of populist radical right parties. One way is to study in detail the processes that lead to policy changes. Skenderovic and d’Amato show on the basis of documents and interviews with representatives from the federal administration and political parties that, indeed, various actors directly reacted to the successes of populist radical right parties. Another way to measure influence is to compare different cases and to observe to what extent the tightening of immigration policies correlates with the presence and/or strategies of populist radical right parties. It appears that radical turns in immigration policies have also occurred in countries without direct democratic institutions (Austria and Italy) and in countries with no significant populist radical right forces (Sweden and Great Britain). Moreover, Hans-Georg Betz points out in the preface to Skenderovic and d’Amato’s book that in some domains such as dual citizenship, with regard to acquisition of proprietary or political rights at the local level the situation of immigrants in Switzerland has even improved in the last decade in spite of the rise of the Swiss People’s Party. Mudde (p. 281) also questions the impact of populist radical right parties on migration politics. He observes that migration policies have often been tightened under governments that were not under pressure from the right and that, anyway, European immigration policies are increasingly converging as cooperation at the European level becomes more important. Mudde also wonders whether conservative parties change their behaviour towards immigration due to the electoral successes of populist radical right parties or simply because they react to the same societal developments.

While the question of how populist radical right parties have an impact on liberal democracies is a central topic of both studies, it has to be pointed out that both books treat many other aspects of this party family as well. Mudde’s extensive discussions of concepts, issues and explanations serves as an example of how to present in detail a party family. Mudde’s way to question common arguments is challenging and refreshing. Unfortunately however, his own empirical findings are not always convincing as they often lack systematic comparative analyses. The juxtaposition of variables in tabular forms oversimplifies some arguments, and while others are too quickly dismissed by simply highlighting cases which do not

fit with the general picture. Skenderovic and d'Amato, on the other hand, provide detailed insights in how the various populist radical right parties in Switzerland and Swiss migration politics have developed since the 1960. Unfortunately, both topics are to a certain extent separated from each other and treated in different chapters. This allows the reader to gain detailed insights, but s/he has to wait till the last chapter to see how the two interact. Despite their weaknesses both books make important contributions, show new ways to study populist radical right parties and lay the basis for further research. Political science would benefit a lot from similar studies on other party families.

*Marc Helbling*

Social Science Research Center Berlin

### **International Relations in Europe: Traditions, Perspectives and Destinations.**

**Jørgensen, K. and Knudsen, T. (eds.)**

*New York: Routledge (2008), 273 p., ISBN 978-0-415-47970-7.*

### **Relations internationales: Une perspective européenne**

**Telò, M.**

*Bruxelles: Éditions de l'Université de Bruxelles (2007), 209 p., ISBN 978-2-8004-1413-3.*

While it is undeniable that European contributions to International Relations (IR) are both abundant and significant, it is legitimate to raise the question as to whether there is such a thing as a unified European approach to IR, and if so, to ask what this approach consists of. To these questions Mario Telò's (2007) monograph and Knud Eric Jørgensen and Tonny Brems Knudsen's (2008) edited volume propose two contrasting accounts. On the one hand, Mario Telò portrays an emerging European perspective founded on the construction of the European Union as a credible counterweight to traditional American IR, and even a paradigmatic shift. On the other hand, Jørgensen and Knudsen present a much more differentiated account of IR in Europe; one where individual national traditions are not

only varied, but also remain very alive. What transpires from both books is that the amount of scholarship produced outside Anglo-Saxon institutions is impressive, whether or not contributors believe this growing body of works poses a genuine challenge to the American dominance of the field.

### **Mario Telò: A Single European Approach**

IR is a discipline particularly prone to self-introspection, in which a profusion of works about the evolution of its research traditions are published yearly, and where its scientific status is regularly scrutinized. With the publication of the voluminous *Oxford Handbook of International Relations* (Reus-Smit and Snidal, 2008), and other recent comprehensive works (Baylis et al. 2008; Brown and Ainsley 2005; Rosenau 2006a; Rosenau 2006b; Viotti and Kauppi 2006; Jackson and Sorensen 2006; Mingst 2006; Art and Jervis 2008; Goldstein and Pevehouse 2007; Carlsnaes et al. 2005), commentators of IR theory wishing to leave their marks must find original ways to present the successive theoretical approaches that have come to dominate the field. In this regard, Mario Telò's *Relations Internationales: Une Perspective Européenne* delivers a fresh outlook; one focused on the importance of external historical events, here, the European Union, to explain recent theoretical developments.

One of the book's explicit goals is to present and critically assess, to an informed public, the multiplicity of research traditions that compose IR. In this endeavor, the small text is ambitious. After a witty preface by none other than Robert O. Keohane, Mario Telò chronicles the birth of the discipline as well as the main events that have led to the evolution of IR theory over the years. The main theoretical approaches are also covered, namely, realism, neorealism, international political economy, Marxism, institutionalism, constructivism, and even theories of foreign policy. Finally, in the last chapter, Telò elaborates explicitly on the role of European studies for theory renewal in IR, which is perhaps his most original contribution. The book concludes with an exhaustive and detailed 27 page section listing all multilateral, regional, interregional and global organizations.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Despite being very well constructed, the addition of this section is strange for a monograph explicitly catering to an informed public, who probably are probably aware of which countries are members of Benelux, NAFTA, or the CIS.

Mario Telò's general epistemological approach is mainly empiricist, although at times overtly normative. In this book, historical circumstances – thus external factors – are the principal factors driving the rise and the fall of IR theories. For instance, systemic theories of IR are influenced both by the post-1945 historical context of the Cold War, and the emergence of Easton and Parsons' systemic theories. Uncertainty in history translates into uncertainty in theory (p. 53). And, most importantly, developments surrounding the rise of the European Union pose a direct challenge to the discipline's state-centric received orthodoxy, or what Telò termed the Westphalian paradigm. Therefore Telò assesses the relevance of a theory on the basis of its conformity with the empirical world, rather than positivist criteria such as explanatory power, generality, and internal fertility. What emerges from this approach is that the world today no is longer only state-centric. Consequently, we need theories to explain recent developments that cannot be accounted for with our existing tools. Whether or not this proposition is convincing is up to the reader, since not everyone will be ready to forsake the centrality of the state, but it is certainly a provocative thought exercise.

Simply brushing over the table of content, the organization of chapters seems logical. However in practice, the reader often remains puzzled by the order chosen to introduce theoretical contributions. Not all chapters are placed in chronological sequence of theoretical contributions, of level of analysis, nor of family of epistemology.<sup>2</sup> Further blurring the clarity of the setup, many chapters lack an opening paragraph announcing the content of the following pages, or even a conclusion summarizing the main ideas of the chapter and announcing what is to come in the next section; the reader is often left guessing. To the credit of the author, an impressive amount of works are reviewed in *Relations Internationales: Une Perspective Européenne*, but unfortunately often without a useful or explicit purpose for

---

<sup>2</sup> The first chapter traces the origins of the discipline and the rise of the realist school. Up to know following the chronological development of the discipline, chapter II goes on to explore neo-realist and systemic approaches to IR. Yet chapter III marks a sharp rupture: chapter III on international political economy (from a different author, Sebastian Santander who does not really do justice the richness of approaches to IPE, lingers on Gilpin, and Strange, even if he does not mention them in the chapter's introduction) and chapter IV on Marxist approaches to IR, break the flow of the discussion between the largest debate in the field: between neo-realism (chapter II) and institutionalism (starting in chapter V). Furthermore, why the author chose to present parts of Marxist and neo-Marxist theories in separate chapters or why theories of foreign policy are placed in Chapter IX, contribute to the disjointed feeling the reader gets out of book.

the arguments developed later on. Such shortcomings make the overall product less organic than it should given the slim profile of the volume. In this, Telò fails to deliver what he promises, namely; “d’offrir une nouvelle boussole susceptible d’orienter le lecteur dans ce labyrinthe théorique” (p. 22). Telò’s “fil rouge” allegedly guiding the book’s discussion is at times indistinct. Another editorial point of puzzlement concerns the incredible amount of English concepts that sprinkle the French text: *balance of power, power holder, domestic analogy, high and low politics, policies, unprecedented power, networks, incremental change, membership, diffuse reciprocity*, and *last but not least*, are just a few among well over a hundred to have remained un-translated. While I understand that the meaning of certain concepts can be difficult to convey in other languages, the plethora of italicized English words is somewhat burdensome, especially in the instances where they seem preventable.

The second goal of Mario Telò’s book was to assess, whether or not a European perspective is possible in IR (p. 169). The most interesting part is to understand what Telò understands by European perspective. He departs from the premise that international regimes can change the behavior of the states when they are sufficiently institutionalized. For Telò, the European construction represents a glimpse into a post-sovereign world, the alternative to the state-centric model, and has become much more than a simple international regime. But does this important development really represent a change in paradigm, or is it the author simply wishing for one? The choice of language, explicitly referring to Kuhn, here is revealing, and marks where the author slips into a more normative discursive mode.

Although Kuhn employed the term “paradigm” in numerous understandings (Masterman, 1970), we could summarize it broadly as a: “package of ideas and methods, which, when combined, make up both a view of the world and a way of doing science” (Godfrey-Smith, 2003: 77). There is a scientific revolution when a paradigm breaks down and another comes to take its place. However in Telò’s own words, this change of “paradigm” he is referring to is not acquired yet, but is a desirable outcome (p. 171). Therefore at this point, Telò is no longer making a claim about how things are, but about how things should be. What he seems to imply is that the EU, given its peculiar sovereign status, has developed a more humane kind of foreign policy, one based on civil and normative power rather than military means, and long term goals rather than immediate gratification (pp. 164–5). Here the causal linkage between the sovereign status of the EU, its brief history, and the type of foreign policy it exercises seems far-fetched.

Canada, for example has had a long tradition of multilateralism, human rights promotion and so on, despite being just a single state.

The most potent evidence that the “old paradigm” has not yet broken down may come from Telò himself. Despite his sharp criticism of neorealism and its systemic, state-centric approach, his argument is still to a large extent framed within its “normal science” context. More specifically, he remains concerned with issues of power-distribution in a system composed of states, although new kinds of players are emerging. The observation that the world is no longer bipolar, but unipolar or multipolar, simply refers to a different distribution of power in a zero-sum system, a typical neorealist premise. Telò’s “paradigmatic shift” is less a transformation of the system than a way to mitigate its endemic anarchy. If we extend the reasoning of the book, we understand that without the institutionalization of regimes such as the EU – the new and better type of international player – anarchy and balance of power will remain the normal state of affairs in the international arena, the proof is in the remaining parts of the world, Asia and Africa, that *still* have not transcended the archaic Westphalian paradigm.

### **Jørgensen and Knudsen**

In their edited volume on the state of the discipline in Europe, Jørgensen and Knudsen present an interesting and informative overview of IR scholarship. Their basic idea is developed in sharp contrast with Mario Telò’s approach: it is not necessarily the state of the actual political world that effects which paradigms take over, but more internal contextual factors such as the political culture of countries in which research is conducted, the organizational culture of bureaucracies in science and university institutions, and the habits and professional discourses in the discipline in each country. However, and also again by contrast with Mario Telò, the end result is short of a unified and coherent European approach to IR. The picture of European IR depicted by the editors and contributors to this volume is rather eclectic, but definitely that of a vibrant discipline. Despite the disparate image, Jørgensen and Knudsen’s edited volume is a welcome addition to Jörg Friedrichs (2004) largely cited contribution of the genre.

Two distinct sections make up Jørgensen and Knudsen’s edited volume. The first, and largest part, portrays the state of research and published scholarship in seven countries, namely, France (by Klaus-Gerd Giesen), Italy (by Sonia Lucarelli and Robert Menotti), Germany (by Christoph

Humrich), Spain (by Caterina García Segura), the Nordic countries (by Jörg Friedrichs), the United Kingdom (by Knud Eric Jørgensen, and Tonny Brems Knudsen), and finally, the Czech Republic (by Petr Drulák and Radka Druláková). The second part of the volume is thematic and comprises two contributions on cross-cutting perspectives: a chapter on cultural investigations in IR (by Morten Valbjørn) and a chapter on the relationship between Anglo-Saxon historiography and cross-community comparisons (by Gerard Holden). Last, the epilogue (by Brian C Schmidt) focuses on recent development in disciplinary history.

The fundamental aim of the volume is to provide a broad review of IR theory and research in Europe, using a cultural-institutional approach. In this endeavor Jørgensen and Knudsen are successful.<sup>3</sup> First, the case selection should be lauded for its diversity. The only drawback is that such a large and heterogeneous selection of individual countries makes a fair review of all contributions difficult to achieve. Although arguably other European countries have vibrant IR communities than the ones examined, the choice of cases is refreshing since the selection does not seem to have only been based on prominence, but also to inform readers about lesser known, but no less important, national traditions. IR scholarship in the United Kingdom, France, Germany and the Nordic countries definitely play ubiquitous roles in European IR, but the more marginal cases of Spain and Italy are worthy of note, especially since they have remained outside mainstream. Last, the case of the Czech Republic is a welcome addition to represent the state of research in the new Europe, but also because the authors of this section adopt a slightly different framework than the others.

It is interesting to note that the influence of language, here English, seems to be considered one of the keys of success. What implicitly follows, especially from the discussion about the Nordic countries, is that their ability to integrate the mainstream circles of IR research is due in large part to their willingness to employ English, the *lingua franca* of IR: unwillingness to adopt it immediately condemns research to trivialness or marginality such as Italy, Spain and to a certain extent Francophone countries which have remained self-contained and closed academic markets. Why are the Nordic countries the model to emulate? Because of their adoption of English or their espousal of American IR research programs, or both? Most contributors to the book acknowledge at least implicitly that some external

---

<sup>3</sup> The only comparable volume, by Jörg Friedrichs (2004), contained only three cases, namely France, Italy and the Nordic countries.

globalizing forces at work in the discipline, in the form of fertilization by American IR. But the editors' insistence on internal and contextual explanatory factors does not, unfortunately, provide much clarification as to why certain countries have embraced or stayed in the shadow of the dominant American branch of the discipline.

Morten Valbjørn's chapter on cultural investigations in IR presents a powerful critique of the high level of abstraction of mainstream IR theories. By focusing on the system, parsimonious explanations, positivist approaches wanting to maximize generality have done so at the cost of what makes the units of analysis different, that is to say, culture. After surveying existing cultural approaches to IR, Valbjørn then adopts a more normative tone, advocating the continuation of a cultural turn in IR. More specifically, he favors a broader field of inquiry, where the study of culture takes the shape of "as a relational site for the politics of identity and difference", and where the relevance of popular culture can be integrated. Although the chapter's argument is appealing, I failed to grasp the direct association of cultural approaches with European approaches to IR, apart from the author's plea for European IR to make itself a niche for what he coined "diversity sensitive approaches". Interestingly most of the prescriptions, such as reaching back to continental philosophy, or move towards "context sensitive' area studies, involve some stepping away from IR (p. 215). The author is definitely ill at ease with general levels of abstraction detached of context, nomothetic types of discourse, along with deductive-nomological reasoning; hence his sharp critique of mainstream IR or the more recent attempts to theorize about culture made in the field. Instead Valbjørn calls for prudent idiographic discourse that does not attempt to provide generalization, or "endless production of abstractions" (p. 215). Yet, is that a call to make IR more parochial or simply less like IR?

In turn, Gerard Holden's spirited chapter is primarily concerned with issues of historiography, and transferability of social-scientific concepts outside the context in which they originated, of which he is hesitant. To demonstrate his point, he reviews how the works of the Frankfurt School and Jürgen Habermas have been used differently by British and German scholars. If the national context of idea production is as important as Holden's case makes it, than national differences between IR communities are bound to remain firmly entrenched; it is not because a similar set of ideas are employed by two different communities that they will be developed in a similar understanding, fair enough. However, Holden slips in to a form of essentialism when he implies that ideas could be "distorted" by their

extirpation from their natural habitats; if ideas can be distorted – since the process of exportation strips them of the context that bore them life – they must also exist in an objectively uncontaminated form in a certain area, and some people must have better authority than others to recognize when and where “imports go wrong” (p. 246). On such inhospitable grounds, a typically European perspective to international relation could dubiously come about, since the national context in which ideas came about would make their dissemination in other settings problematic.

### **Conclusions**

Brian C. Schmidt’s epilogue to Jørgensen and Knudsen’s volume provides perhaps the clearest way to contrast the collected contributions of Jørgensen and Knudsen with Mario Telò. The internal approach chosen in the edited volume is certainly full of context and acknowledges national cultures and traditions that are vital explanatory factors to account for the trajectories of IR research in diverse settings. However, for a book on International Relations in Europe, there is little about European perspectives to IR, and the impact of the European Union on theorizing in each country. Instead, an overwhelming emphasis placed on factors that highlight why national traditions are different from one another, and perhaps not sufficiently on unifying factors, apart from the adoption of English as a language of publication. Despite the obvious qualities of both books surveyed, our starting questions remain unsatisfactorily answered: is there a European perspective to International Relations as such? On the one hand, Mario Telò makes the case that theoretical advances, namely neoliberalism, are in part due to the experience of Europe. On the other hand, when the black-box of “European IR” is opened, we find a myriad of traditions, intrinsically related to national institutional culture, and not necessarily a trend towards a homogenizing whole.

*Jessica Fortin*  
Zentrum für Demokratieforschung  
Leuphana Universität Lüneburg

## References

- Art, R. and R. Jervis (2008). *International Politics: Enduring Concepts and Contemporary Issues*. 9th edition. London: Longman.
- Baylis, J., Smith, S. and P. Owens (2008), (eds.). *The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations*. Oxford: Oxford University Press.
- Brown, C. and K. Ainsley (2005). *Understanding International Relations*. New York: Palgrave Macmillan.
- Carlsnaes, W., Risse, T. and B. Simmons (2005), (eds.). *Handbook of International Relations*. Thousand Oaks: Sage.
- Friedrichs, J. (2004). *European Approaches to International Relations Theory: A House with Many Mansions*. London: Routledge.
- Godfrey-Smith, P. (2003). *Theory and Reality. An Introduction to the Philosophy of Science*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Goldstein, J. and J. Pevehouse (2007). *International Relations*. London: Longman.
- Jackson, R. and G. Sorensen (2006). *Introduction to International Relations: Theories and Approaches*. Oxford: Oxford University Press.
- Jørgensen, K. and T. Knudsen (2008), (eds.). *International Relations in Europe: Traditions, Perspectives and Destinations*. New York: Routledge.
- Masterman, M. (1970). The Nature of a Paradigm. In Lakatos, I. and A. Musgrave (eds.), *Criticism and the Growth of Knowledge*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mingst, K. (2006). *Essentials of International Relations*. New York: W. W. Norton.
- Reus-Smit, C. and D. Snidal (2008), (eds.). *The Oxford Handbook of International Relations*. Oxford: Oxford University Press.
- Rosenau, J. (2006a). *Study of World Politics: Volume I: Theoretical and Methodological Challenges*. London: Routledge.
- (2006b). *Study of World Politics: Volume II: Globalization and Governance*. London: Routledge.
- Telò, M. (2007). *Relations internationales: Une perspective européenne*. Bruxelles: Éditions de l'Université de Bruxelles.
- Viotti, P. and M. Kauppi (2006). *International Relations and World Politics: Security, Economy, Identity*. New York: Prentice Hall.

**La démocratie Genevoise**

Dominique Wisler

*Genève: Georg (2008), 280 p., ISBN 978-2-8257-0952-8.*

L'ouvrage de Dominique Wisler sur la démocratie genevoise mérite d'être salué. La démarche adoptée par l'auteur est en effet susceptible d'ouvrir une foule de pistes hautement intéressantes sur la recherche, pas très fournie en réalité, sur les origines du système politique suisse. En plaçant aux fondements de son enquête les événements historiques qui ont sculpté la structure politique de son canton, Dominique Wisler établit concrètement le lien entre la nature des institutions politiques en vigueur à Genève et les étapes historiques qui ont scandé son évolution.

Résumons en quelques mots ces événements, fondateurs d'une nouvelle pensée institutionnelle à Genève. La constitution radicale de 1847 prévoyait l'éventualité de sa modification tous les 15 ans. Or, cette échéance tombe au plus mauvais moment pour des radicaux fort chahutés. L'opposition s'est réorganisée, sur la base d'une alliance entre conservateurs et radicaux déçus du "fazysme", qui "régnait" en maître sur le canton. En 1862, le peuple refuse certes d'entreprendre une révision de la Constitution, mais l'ambiance se révèle vite délétère. Et, en 1864, lorsque une élection partielle au Conseil d'Etat s'avère nécessaire à la suite de l'élection de Challet-Venel au Conseil fédéral, les esprits échauffés perdent vite toute contenance. Les deux camps en présence sont de force quasi égale et l'élection complémentaire accouche d'un résultat serré: Fazy, qui espérait renouer avec les joies du pouvoir après un premier échec l'année précédente aux élections générales, est battu de peu. Las, l'élection est immédiatement contestée et les accusations de fraude fusent. La tension, déjà vive, monte et le drame éclate: à Chantepoulet, le sang coule, l'intervention de la Confédération est requise, pour rétablir l'ordre. Catastrophé, le philosophe Ernest Naville lance alors un vaste mouvement en faveur de la représentation proportionnelle, qui jouira bientôt d'une audience internationale.

Dominique Wisler décrit dans le détail ce mouvement proportionnaliste, l'activisme de Naville, les efforts de Victor Considérant pour faire connaître en Suisse le système dont il est l'un des inventeurs, et peut confirmer sa thèse sur le rôle central des structures électorales dans la montée du mécontentement populaire et dans le déclenchement des révolutions qui vont émailler le XIXe siècle helvétique. Il complète son analyse genevoise par une étude des événements qui aboutiront au renversement du système Escher à Zurich, en 1869, et à la révolution tessinoise de 1890, avec la

mort du conseiller d'Etat Rossi à la clé, avant de conclure par un retour à la Genève endeuillée par la fusillade du 9 novembre 1932. A chaque fois, l'auteur débusque dans ces affaires le moment paroxystique de la paralysie de systèmes incapables de mettre en œuvre des cadres de conciliation performants entre les forces en présence, et dès lors inaptés à une réforme pacifique.

Les blocages politiques engendrés par la fossilisation de systèmes destinés avant tout à consolider le pouvoir du parti au pouvoir basculent ainsi dans une sorte de violence rédemptrice, seule à même de redistribuer les cartes du pouvoir. Ce que la démocratie directe n'avait pu que partiellement réaliser, du fait de son adoption incomplète par les radicaux, la représentation proportionnelle devait l'accomplir: ériger un système qui, en accordant à tous les partis en lice une présence au cœur du pouvoir conforme à leur force réelle, rendrait inévitable le dialogue entre anciens adversaires en les condamnant à conclure des arrangements par des voies procédurales claires et justes.

L'atout majeur de l'ouvrage de Dominique Wisler est de proposer un lien effectif entre la science politique, à travers l'importance des systèmes électoraux dans le processus évolutif des systèmes politiques, le droit, par les institutions qu'il doit organiser, et l'histoire, par un retour trop rarement utilisé en politologie à des événements lointains pour saisir la densité des processus en cours. Son livre constitue ainsi une contribution importante à l'histoire politique de notre pays, une branche qui peine encore à se réimposer dans sa logique propre, à l'abri de tous les déterminants extérieurs qui la relèguent encore trop souvent au second plan. En empruntant le "détour" historique, il propose une approche bienvenue de la construction du mouvement proportionnaliste et, surtout, confirme une impression que nos propres recherches sur le cas vaudois nous avait dévoilée, à savoir que l'histoire de la démocratie suisse n'est en rien rectiligne, arrimée à un cours régulier qui, des origines, nous aurait paisiblement amenés à la démocratie très sophistiquée que nous connaissons aujourd'hui. Aveu qui devrait nous permettre de juger avec une certaine prudence l'édification de la démocratie dans des pays nouvellement entrés dans des régimes politiques qui nous sont certes familiers, mais qui demeurent souvent très méconnus...

L'ouvrage surgit aussi comme un appel à d'autres études similaires, pour d'autres régions de la Suisse, pour d'autres aspects de notre ordre démocratique. N'oublions pas que la compréhension de l'histoire politique de la Suisse se heurtera toujours à une difficulté majeure: elle est incompréhensible si elle fait abstraction des histoires cantonales! Réalité frus-

trante bien entendu, mais incontournable... C'est de la comparaison entre les histoires cantonales, de leurs descriptions parallèles, de leurs mises en perspective respectives que jaillit l'histoire suisse dans toute son épaisseur: celle-ci n'est jamais la résultante que de 26 histoires plus une... Constat méthodologiquement délicat à maîtriser, mais que le chercheur ne doit pas perdre de vue lorsqu'il entend se concentrer sur notre histoire nationale.

Les qualités que recèle l'étude de Dominique Wisler trouvent paradoxalement leur source dans certaines faiblesses dont il ne peut se départir. Son analyse a en effet tendance à s'enfermer dans un déroulement trop mécanique. Les systèmes électoraux sont-ils réellement les seuls déclencheurs de la mauvaise humeur populaire? Sur eux devrait donc se focaliser l'énergie qui fera exploser le système en place en libérant une volonté inédite de reconstruire les équilibres politiques à travers une organisation plus juste des pouvoirs? Nous l'avons dit, leur rôle est essentiel. Mais centrer par trop l'analyse sur le potentiel révolutionnaire contenu dans un système électoral inique oblitère les multiples raisons que l'historien se plaira à envisager dans son étude des événements qui vont impulser les virages déterminants de l'histoire d'un pays, d'un peuple, d'une société. N'oublions pas qu'au XIXe siècle, la résolution des problèmes sociaux qui émergent a longtemps cru pouvoir advenir par l'élargissement de la démocratie; un cheminement que contestera le socialisme. Le système électoral, s'il peut être cause, est aussi conséquence, de choix philosophiques, idéologiques, politiques. Moteur de l'histoire, il peut également, et plus modestement, fonctionner comme le révélateur de problèmes plus vastes, que l'historien devra mettre en évidence.

On le constate avec l'exemple tessinois, que l'auteur a inséré dans sa démonstration. Le système électoral alors en vigueur est en effet scandaleux, puisqu'il accorde une prépondérance exagérée au parti vainqueur, tandis que les deux partis en présence, radicaux et conservateurs, sont plus ou moins à égalité. Mais le système électoral, s'il fut l'objet des enjeux essentiels de la vie politique tessinoise depuis 1848, est aussi le fruit de combats politiques eux-mêmes alimentés par des caractéristiques régionales très différentes, et sur de multiples plans. Dominique Wisler a donc raison d'octroyer au choix du système politique la capacité d'installer une sorte de "système de conciliation" apte à pacifier un canton ou un pays, mais il ne faut pas négliger le fait que le système électoral ne pourra déployer tous ses bienfaits, s'il est adéquat, qu'à la condition qu'il couronne une organisation de l'Etat qui permette réellement aux différences forces d'être entendues, à tous les échelons de la vie sociale et politique.

Cet élargissement de la perspective permet notamment de saisir l'histoire de la proportionnelle dans une dimension plus ample, nullement circonscrite à son adoption, ou son échec, dans les différents cantons suisses, avant de s'imposer au niveau fédéral, en 1918. Il faut se souvenir que le débat proportionnaliste n'a pas attendu la grève générale de la fin de la Première Guerre mondiale pour hanter la vie politique de notre pays. Mais, alors que les radicaux pouvaient compter sur le système majoritaire pour conserver un pouvoir que la réalité des chiffres contestait depuis longtemps, ils avaient réussi à convaincre les Helvètes à ne pas y renoncer ! Malgré de nombreuses défaites lors de votations fédérales, les radicaux purent assurer leur hégémonie grâce au rejet de deux initiatives demandant l'introduction de la proportionnelle, en 1900 et en 1910 ! L'une des raisons de ces résultats réside peut-être dans le choix de la "proportionnelle volontaire" pratiquée par les radicaux dans de nombreux cantons, dans les parlements d'abord, dans les gouvernements ensuite, par l'abandon d'un ou plusieurs sièges à l'opposition, dans les Conseils d'Etat puis au Conseil fédéral, dès 1891.

Ces remarques critiques ne doivent toutefois pas celer les mérites nombreux du livre de Dominique Wisler. Elles ne font que souligner son importance. Il ouvre des pistes que politologues, juristes et historiens se doivent d'exploiter, si possible ensemble, pour creuser l'histoire politique de la Suisse, une histoire qui tourne évidemment autour de l'histoire de sa démocratie. Le système institutionnel et des partis en découle naturellement. Espérons que l'expérience menée par Dominique Wisler fasse école !

*Olivier Meuwly*

Etat de Vaud

Département des finances et  
des relations extérieures